



*Bestes
vom
Bauern*



Wir haben es satt!

Gesunde Tiere statt Turbomast

Antibiotikamissbrauch in deutschen Ställen

Gesunde Tiere statt Turbomast

Eine Studie im Auftrag des NRW-Landwirtschaftsministeriums zum Antibiotikaeinsatz in der Hähnchenmast legt schonungslos offen: In 83 Prozent der untersuchten Mastdurchgänge wurden den Tieren Antibiotika verabreicht, 96 Prozent aller Masthähnchen erhielten mindestens einmal in ihrem rund 30tägigen Leben das Medikament. Erkrankten einzelne Tiere, werden in der Praxis gleich zehntausende, darunter zumeist gesunde Tiere, auf einen Schlag mitbehandelt - die drangvolle Enge in den Mastställen lässt eine Einzelbehandlung nicht zu und befördert eine schnelle Verbreitung von Krankheiten. In mehr als der Hälfte der Fälle werden die Antibiotika entgegen der Zulassungsbedingungen nur 1-2 Tage lang eingesetzt - und tragen so ganz besonders zur Entwicklung auch für den Menschen gefährlicher Resistenzen bei.

Für den BUND ist das Ergebnis eine Bankrotterklärung der Hähnchenmast und stellt einmal mehr

das gesamte System der Intensivtierhaltung in Frage. Auch liegt es auf der Hand, dass das kurzzeitige Verabreichungen allein das Wachstum der Tiere fördern sollen, was in der EU jedoch verboten ist. Dies wirft ein Licht auf die berufliche Eignung von Mästern, die weder ihrer Verantwortung vor den Tieren noch vor der menschlichen Gesundheit gerecht werden.

Der BUND ruft daher Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner dazu auf, verbindliche Reduktionsziele für den Antibiotikaeinsatz in der Tiermast vorzulegen, diesen bis zum Jahr 2015 zu halbieren und eine umfassende und transparente Datenbank zur Antibiotikaeinsatz nicht länger zu blockieren. Zugleich führt kein Weg daran vorbei, auf Bundesebene grundlegend die Haltungsbedingungen zu verbessern und in der Züchtung auf robustere und langsam wachsendere Tiere zu setzen. Die NRW-Landesregierung ist aufgerufen, dieses auf Bundes(rats)ebene aktiv einzufordern und politisch voranzutreiben.

Auch Putenmast muss auf den Prüfstand

Der BUND begrüßt ausdrücklich die vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz durchgeführte Studie, die vielen VerbraucherInnen die Augen für die Zustände bei der Produktion von Billigfleisch geöffnet hat. Notwendig ist, im Jahr 2012 nun ebenso umfassend die Medikamentenvergabe in der heimischen Putenmast unter die Lupe zu nehmen. Mehrfach haben eigene Recherchen in den letzten Jahren auf die miserablen Haltungsbedingungen in dieser Branche hingewiesen, auch hier gibt es enorme Bestandsdichten und wird in schnellster Zeit ein Maximum an Fleisch produziert. Gleicher Handlungsbedarf besteht für die Schweinemast.

Keimbelastetes Hähnchenfleisch

Die Medien berichteten bundesweit darüber: Der BUND kaufte in verschiedenen deutschen Supermärkten und Discountern Hähnchenfleisch ein, so wie es Millionen VerbraucherInnen täglich tun - und brachte 20 Proben in ein Fachlabor. Das Ergebnis: Jede zweite Hähnchenfleisch-Probe war mit antibiotikaresistenten Keimen belastet, eine erschreckende Folge des massiven Antibiotikamissbrauchs. Dies birgt die Gefahr, dass wichtige Medikamente für den Menschen ihre lebensrettende Wirkung verlieren können - und zeigt einmal mehr, dass es mit kleineren Reparaturen am Gesamtsystem ‚Hähnchenmast‘ nicht getan sein wird.

Für den BUND ist klar: Erkrankte Tiere - und ausschließlich diese - sollen auch künftig mit Antibiotika behandelt werden, jedoch fachgerecht und unter zwingender Einhaltung der Leitlinien für diese Medikamente. Um dieses zu gewährleisten und weiteren Miss-



„Wir haben es satt“ – 23.000 Bäuerinnen und Bauern, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen, Aktive aus der Eine-Welt-Arbeit und VerbraucherInnen gingen am 21. Januar 2012 gemeinsam im Berliner Regierungsviertel auf die Straße: Für eine artgerechte Tierhaltung, für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, für ein Ende der Exportsubventionen und der Spekulation mit Lebensmitteln. Kurzum: Für eine andere Agrarpolitik - nicht irgendwann, sondern jetzt! Ganz vorne mit dabei waren der BUND-Landesvorsitzende in NRW, Paul Kröfges (l.) und der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger.

Foto: F. Hesselting



brauch abzuwenden, ist es zwingend notwendig, für den Fall von Verstößen Sanktionen bis hin zum Verbot der Tierhaltung rechtsverbindlich festzuschreiben. Das NRW-Landwirtschaftsministerium hat hierzu bereits einen entsprechenden Vorstoß angekündigt.

Wie dringend gehandelt werden muss, zeigt auch eine Untersuchung des Bundesinstituts für Risikobewertung, bei der an rund 22 Prozent der Hähnchenfleisch- und 42 Prozent der Putenfleischproben multiresistente Bakterienstämme nachgewiesen wurden.



Ralf Bilke

... ist
Agrarreferent
des BUND in
Nordrhein-
Westfalen.

Intensivtierhaltung in NRW

Debatte gewinnt an Fahrt

Ob Legehennen- oder Schweineställe, Putenfabriken oder Hähnchenmastanlagen: An vielen Orten in NRW regt sich Widerstand gegen die anhaltende Intensivierung der Tierhaltung und neue Stallbauten. Vor allem im Münsterland befürchten viele, zu einer „Außenstelle des Emslandes“ zu werden. Zugleich fühlen sich Kommunen und LokalpolitikerInnen zunehmend entmündigt, wenn infolge einer baurechtlichen Privilegierung neue Vorhaben selbst dann kaum abgelehrt werden können, wenn Gemeinderäte und Kreistage sie mehrheitlich ablehnen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet, der Handlungsbedarf für die Landes- wie Bundespolitik ist groß.

Der BUND begrüßt daher die aktuellen Debatten hierzu im NRW-Landtag. Ausgangspunkte sind die Antibiotika-Studie sowie ein Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zu Intensivmastanlagen. Der BUND hofft, dass nach jahrelangem Stillstand und teilweise gar Rückschritten unter der Vorgängerregierung der Tierschutz in den NRW-Ställen künftig den Stellenwert erhält, den auch Artikel 29a der Landesverfassung vorgibt.

In einer Anhörung des Agrarausschusses des Landtags am 09. November 2011 bezog der BUND Stellung und legte konkrete Vorschläge u.a. für eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung bei Stallneubauten und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen vor. Politisch-rechtlichen Handlungsbedarf sieht der BUND neben bau-, immissionsschutz- und düngerechtlichen Änderungen insbesondere beim Tierschutzrecht und den Haltungsverordnungen.

Auch außerhalb der politischen Gremien gewinnt die Debatte über die Zukunft der heimischen Landwirtschaft erfreulich an Fahrt, so im Rahmen der Ver-

BUND-Ökotipp


Verzichten Sie auf Fleisch aus industrieller Massentierhaltung, weil hier in hohem Maße Antibiotika eingesetzt werden, was wiederum die Entstehung antibiotikaresistenter Keime begünstigt.

Wenn frau/man doch unbedingt Hähnchen essen will, dann am besten aus tiergerechter Haltung (z.B. aus Ökolandbau oder von Neuland) – dort sind Antibiotikagaben die Ausnahme. Die Tiere leben länger und haben es dabei weit besser, zum Beispiel haben sie wesentlich mehr Platz als in konventionellen Haltungen.



Foto: BUND

anstaltungsreihe ‚Bauer hält Hof‘, an der sich auch mehrere BUND-Gruppen beteiligen. Ziel ist es, mit Hofführungen, Vorträgen und Diskussionen BäuerInnen, Umwelt- und TierschützerInnen und VerbraucherInnen miteinander ins Gespräch zu bringen und über die Agrarpolitik zu informieren. (rb)

 Die BUND-Stellungnahme zur Anhörung des Agrarausschusses des Landtags steht unter www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/ als Download zur Verfügung.

Schmetterling des Jahres 2012: Das Kleine Nachtpfauenaug

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. das Kleine Nachtpfauenaug zum Schmetterling des Jahres 2012 gekürt. Das Kleine Nachtpfauenaug kommt fast überall in Nordrhein-Westfalen vor. Im Münsterland, We- serbergland und der Westfälischen Bucht gehen die Bestände allerdings deutlich zurück. Der Schmetterling steht dort auf der Vorwarnliste der gefährdeten Tiere.

Mehr Infos: <http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/>

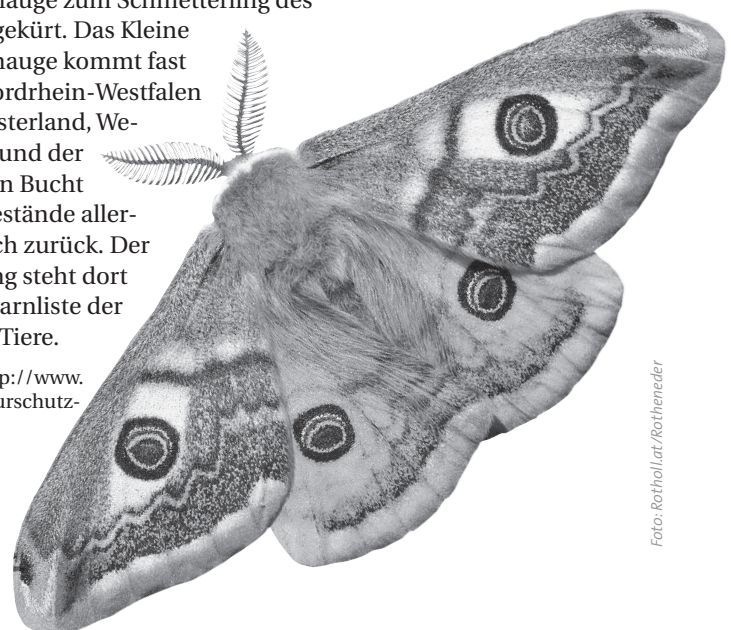


Foto: Rotholl/Lat/Rothenecker

Verbandsklagen für Natur- und Umweltschutz

Ob Gewerbegebiet im Biber-Biotop, klima- und umweltschädliches Kohlekraftwerk oder Autobahn im Schutzgebiet - manchmal bleibt als letztes Mittel zur Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz von Natur, Umwelt und Mensch nur der Gang vor Gericht. Die Klagen sind letztlich ein Akt von Notwehr. Meist weist der BUND schon frühzeitig in den Genehmigungsverfahren auf Planungsfehler bei den umstrittenen Projekten hin. Nur zu oft werden diese Hinweise aber missachtet. Reicht dann der BUND als „ultima ratio“ Klage ein, ist das Geschrei groß: Von Blockadepolitik und Industriefeindlichkeit ist schnell die Rede. Dabei setzt der BUND das Mittel der so genannten Verbandsklage sehr dosiert und wohl überlegt ein. Wie die aktuellsten Beispiele zeigen, gibt uns der Erfolg recht: Überdurchschnittlich oft erringen wir vor Gericht Erfolge.

BUND kippt Kraftwerksgenehmigung

Am 10. Dezember hat das Oberverwaltungsgericht Münster der BUND-Klage gegen das Trianel-Steinkohlenkraftwerk Lünen stattgegeben. Der von der Bezirksregierung Arnsberg erlassene immissions-



schutzrechtliche Vorbescheid und die erste Teilgenehmigung wurden aufgehoben. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Für den BUND ist das Urteil ein „wegweisender Erfolg für den Naturschutz“ und eine schwere Schlappe der Genehmigungsbehörde in Arnsberg. Nach dem Erfolg im Widerstand gegen das E.on Steinkohlekraftwerk in Datteln rückt damit das Aus eines weiteren Klimakillers näher.

Das Gericht war nach insgesamt dreitägiger mündlicher Verhandlung der BUND-Argumentation, wonach die Genehmigung wegen gravierender umweltrechtlicher Verstöße aufzuheben sei, gefolgt. Trotz erheblicher Nachbesserungsversuche war es dem Vorhabensträger Trianel auch in vierjährigem Anlauf nicht gelungen, die Umweltverträglichkeit des Kraftwerks nachzuweisen. Insbesondere der Schutz wertvoller Waldökosysteme vor zusätzlichen Schadstoffeinträgen konnte nicht garantiert werden.

Damit kann das Kraftwerk bis auf weiteres nicht in Betrieb gehen. Als weiteres K.o.-Kriterium kann sich

zudem die fehlende wasserrechtliche Genehmigung erweisen. Auch gegen diese geht der BUND v.a. wegen der unzulässig hohen Quecksilbereinträge in die europarechtlich geschützte Lippe juristisch vor.

Als Konsequenz aus dem Urteil forderte der BUND die Landesregierung auf, endlich die landesplanerischen Instrumente zur Konfliktvermeidung anzuwenden. Vor dem Hintergrund weiterer umstrittener Großprojekte in der betroffenen Region wie z.B. dem Kohlekraftwerk Datteln 4 und dem NewPark seien klare Vorgaben zum planerischen Schutz der Natur und der Vermeidung weiterer Fehlinvestitionen notwendig. Der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Erhalt der europäischen Naturschutzgebiete müsse besser gewährleistet werden.

Autobahn A44: BUND siegt vor dem Bundesverwaltungsgericht

Auch im juristischen Widerstand gegen den ebenso überflüssigen wie schädlichen Ausbau der Autobahn A 44 verbuchte der BUND einen Erfolg in der Weihnachtszeit: In seiner Entscheidung vom 21. Dezember 2011 erklärte das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für die Änderung eines Regenrückhaltebeckens für rechtswidrig und nicht vollziehbar. Hintergrund ist das Vorhaben des Landesbetriebs Straßen.NRW, in einem Auffahrtrohr im Kreuz Ratingen-Ost in der Wasserschutzzone des Wasserwerks Homberg ohne besondere Abdichtung des Untergrundes Schmutzwasser von der Autobahn zu sammeln, um es dann in einen Bach einzuleiten. Gegen diese Planung hatte sich der BUND gewandt, um eine Verseuchung des Trinkwassers zu verhindern.

Das Bundesverwaltungsgericht folgte der BUND-Argumentation. Dabei war für das Gericht entscheidend, dass fehlerhaft keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist.

„Dieses Urteil zeigt, dass die Hoffnung des Landesbetriebs Straßen.NRW und der Autobahn-Befürworter sich nicht erfüllt, der Bau der A 44 sei in trockenen Tüchern“, sagte Götz Lederer, Sprecher der BUND-Kreisgruppe Mettmann. Zu viele ungeklärte Fragen und Verfahren seien noch vorhanden. Ob die umstrittene Teilstrecke jemals zu Ende gebaut werden kann, ist mehr als fraglich. Mehrere Klagen gegen das Vorhaben sind noch anhängig.

Mülldeponie statt Biotop?

Über Jahrzehnte wurde in der Grube Dülmen-Röd-der (Kreis Coesfeld) Ton für die Ziegelherstellung abgebaut. Nach dem Abbauende 1993 sollte die Grube inmitten der Münsterländer Parklandschaft zu einem großen See und damit Heimat für viele Pflanzen und Tiere werden.

Als dann jedoch eine bekannte Firma auf die Idee kam, dort Boden- und Bauschutt hinein kippen zu wollen, genehmigte der Kreis dies ohne großes Federlesen. Den UmweltschützerInnen vor Ort wurde wegen ihres massiven Protestes im Genehmigungsbescheid zugesagt, dass auf der nach Wasserrecht als „Sohleverfüllung“ getarnten Deponie auf den letzten 1 ½ Metern eine Teich- und Tümpellandschaft entstehen sollte. Amphibien sollten ihr Reich bekommen, der ansässige Uhu sein Revier und weitere geschützte Vogelarten ihren Lebensraum.

Jahre später wurde bekannt, dass die Deponiebetreiberin stattdessen einen Antrag auf Bau einer riesigen Mülldeponie für gefährliche und ungefährliche Abfälle – u.a. auch für Rückstände aus Müllverbrennungsanlagen – auf genau dieser Tongrube beantragt hatte. Nicht nur die Umweltverbände fühlten sich nunmehr über den Tisch gezogen. Entsetzte AnwohnerInnen bildeten eine Bürgerinitiative, und der Kampf gegen die geplante 25 – 30 Meter hohe und 8 Hektar große Deponie begann.

Da die Genehmigung des letzten Restes der Verfüllung nicht öffentlich bekannt gegeben wurde, legte der BUND Klage gegen die Genehmigung ein. Am 11. Januar fand nunmehr die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Münster statt. Sie endete (vorerst) mit einem Teilsieg des BUND: Nachdem sich die Genehmigungsbehörde bereit erklärte, innerhalb von zwei Monaten eine Umweltverträglichkeitsprüfung nachzuholen, wurde das weitere Verfahren bis dahin ausgesetzt.

Glaskubus kontra Vogelschutz

Im Zuge der Regionale 2010, einem Förderprojekt des Landes NRW, wird auf dem Drachenfelsplateau unterhalb der deutschlandweit bekannten Burgruine im Siebengebirge ein zweistöckiger Glaskubus errichtet. Er soll als Restaurantgebäude dienen.

Der BUND hatte noch vor dem Wettbewerbsverfahren für den Bau auf die absehbaren Konflikte zwischen großen Panoramaglasscheiben und dem Vogelschutz hingewiesen. Denn seltene Ammerarten und Greifvögel brüten in unmittelbarer Nähe zu dem Objekt, das mitten im Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Gebiet und Naturschutzgebiet entstehen soll.

Anstatt nach einer baulichen Lösung zu suchen, die in exemplarischer Weise vogelverträglich ist, wurde schließlich ausgerechnet ein Glaskubus zur Ausführung bestimmt. Den Vogelschlagkonflikt soll ein spezielles Glas lösen, das UV-sichtbare Markierungen enthält und daher für Vögel sichtbar sein soll.

Gegen den Bescheid der Kreisverwaltung Siegburg hat der BUND NRW, finanziell unterstützt vom Vogelschutz-Komitee, Klage erhoben. Denn es gibt wissenschaftlich begründeten Zweifel, ob die UV-Markierungen überhaupt wirksam und für alle im Naturschutzgebiet Siebengebirge relevanten Vogelarten sichtbar sind.

Entsprechend fordert der BUND den Einsatz allgemein sichtbarer und nachweislich wirksamer Muster auf den großformatigen Scheiben, um dem besonderen Schutzstatus des Ortes Rechnung zu tragen. In Frage kommen z. B. 2 mm breite schwarze Streifen im Abstand von mehreren Zentimetern als Muster auf dem Glas. In Österreich existieren über eine Norm geprüfte,



wirksame Vogelschutzmarkierungen an Glasscheiben. Dieser wissenschaftlich abgesicherte Fundus sollte inhaltlich für einen Glasbau in einem FFH-Gebiet auch im EU-Land Deutschland der gebotene Bezugsrahmen sein. Fragwürdige Experimente im Schutzgebiet lehnt der BUND gemäß den rechtlichen Vorgaben der EU dagegen ab. Die Entscheidung steht noch aus.

Fazit: Klagen

Die aktuellen Beispiele zeigen: Die Klagerechte des BUND sind ein unverzichtbares rechtsstaatliches Element. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Bürgerbeteiligung. Klagen verzögern auch keine Verfahren, im Gegenteil: Erst unlängst wies der Vorsitzende Richter des 8. OVG-Senats auf die beschleunigende Wirkung der BUND-Klage im Hinblick auf das Trianel-Kraftwerksverfahren hin. Das Verfahren sei ein „epochaler Meilenstein des Umweltrechts“.

Dirk Jansen, Claudia Baitinger, Achim Baumgartner

BürgerInnenprotest gegen die Giftmülldeponie in Dülmen-Rödder.

Foto: U. Mevenkamp

 www.naturschutz-statt-deponie-roedder.de



Foto: M. Dermmele

Wildkatzenprojekt in NRW gestartet **Schutz des „Eifeltigers“**

Der BUND NRW hat mit Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz und NRW-Umweltministeriums ein Wildkatzenprojekt gestartet. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen Waldgebiete in der Eifel ökologisch aufgewertet werden. Ziel ist, dass sich die dort lebenden Wildkatzen vermehren und wieder die umliegenden Wälder besiedeln.

In Abstimmung mit den örtlichen Forstämtern wird der BUND dazu Waldränder wieder natürlich und strukturreich gestalten. Breite Waldränder mit Sträuchern und vorgelagertem Krautsaum sind bevorzugte Lebensräume von Wildkatzen und dazu auch besonders artenreich. Als Grenze zwischen Wald und Kulturland sind sie bandförmig und haben daher eine große Bedeutung für die Biotopvernetzung - nicht nur für Wildkatzen.

Besonders zur Aufzucht der Jungen brauchen Wildkatzen ungestörte Schlaf- und Wurfplätze, zum Beispiel stehende Wurzelsteller, Baumstümpfe oder alte Bäume mit Höhlen. Daher soll in der Eifel die forstliche Bewirtschaftung von ökologisch besonders wertvollen Altholzbeständen reduziert oder dauerhaft eingestellt werden. Vorgesehen ist auch, Metallknotenzäune gegen Hordengatter auszutauschen, da sich Wildkatzen leicht mit ihren Zehen in den Verknötungen verhaken und dann qualvoll zugrunde gehen.

Der BUND NRW hat bereits einen großen Teil der erforderlichen Eigenmittel über Spenden eingeworben und ist zuversichtlich, auch noch die fehlende Summe zu erhalten. (jb)

 www.bund-nrw.de/wildkatze

Neues BUND-Projekt


Ein Platz für Spatz & Co. – Artenschutz an Gebäuden

Seit der Mensch Gebäude errichtet, gehören „tierische Untermieter“ in seine unmittelbare Umgebung. Sei es der Spatz unterm Dach, der Hausrotschwanz in einer Mauernische oder die Fledermaus hinter der Schieferfassade.

Wärmedämmung an Gebäuden hat für die Einsparung von Energie große Bedeutung, denn immerhin 40 Prozent der CO₂-Emissionen stammen aus dem Gebäudebereich. Leider haben Sanierungen meist als Nebeneffekt, dass die „Untermieter“ ihren Brutplatz oder Lebensraum verlieren, da alle Nischen und Hohlräume verschlossen werden. Dies stellt mittelfristig einen wesentlichen Gefährdungsfaktor für die Gebäudebrüter dar.

Der BUND NRW hat jetzt mit Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) ein Projekt initiiert, um Wärmedämmung und Artenschutz miteinander zu kombinieren. Es gibt bereits viele kostengünstige Möglichkeiten zur Integration von Nisthilfen in Wärme-Dämm-Verbundsysteme; in der Praxis sind sie aber noch weitgehend unbekannt und werden daher nur selten eingesetzt. In dem Projekt sollen zunächst Wohnungsbaugenossenschaften als Projektpartner gewonnen werden, später dann auch Architekten, die Städte und Kreise sowie private Hauseigentümer.

BUND-Gruppen und Interessierte, die vor Ort etwas für den Gebäudebrüterschutz tun wollen und Unterstützung brauchen, können sich gern an Franco Cassese im Projektbüro Hagen wenden. (fc)

 Franco Cassese, Tel.: 02331/84888, franco.cassese@bund.net, www.gebaeudebrueterschutz.de

Artenschutz plus Wärmedämmung, es geht!

Foto: F. Cassese





Johannes Rimmel (l.) und Horst Meister.

Foto: BUND

Umweltminister zu Gast beim BUND „Waldstrategie überfällig“

Auf Einladung von Horst Meister, Sprecher des ABUND-Landesarbeitskreises Wald, stand NRW-Umweltminister Johannes Rimmel den ehrenamtlichen WaldschützerInnen im Umweltzentrum Düsseldorf Rede und Antwort zu aktuellen Themen.

Auf der Agenda standen u.a. die geplanten Novelierungen des Landeswald- sowie des Landesjagdgesetzes und aktuelle Fehlentwicklungen im heimischen Wald. Dazu gehören die dramatische Ausweitung von Weihnachtsbaum-Plantagen im Hochsauerland, die großflächigen Kahlschläge im Staatswald "Elisenthal" bei Windeck und die geplante Erweiterung des "Phantasialands" bei Brühl. Letzterer würden wertvolle Waldflächen zum Opfer fallen. In vielen Punkten waren sich Minister Rimmel und die BUND-Experten einig.

Und auch zum Konflikt im Naturschutzgebiet Brachter Wald am Niederrhein hat der Minister eine klare Position vorgetragen: Es wird dort - was der BUND seit langem gefordert hatte - ein neues Bewaldungskonzept geben, und danach wird der naturschutzwidrige Zaun um das ehemalige Militärdepot abgebaut. Außerdem werden künftig in der Arbeitsgruppe Wilddichte im Brachter Wald neben den vor allem an der Jagd interessierten Mitgliedern auch Vertreter der Naturschutzverbände beteiligt sein. Auch das hatte der BUND gefordert.

Trotz vieler Übereinstimmungen in sachlichen Fragen sieht der BUND allerdings auch politische Defizite. So fehlt bislang noch immer eine in sich schlüssige Waldstrategie für NRW. Und auch die Beteiligung der Naturschutzverbände an wichtigen Entscheidungsprozessen sollte optimiert werden. Darauf wird der BUND weiter drängen. (hm)

Kontakt: horst.meister@bund.net

Quarzgrube Brenig

Neue Heimat für Springfrosch und Zwergtaucher

Das BUND-Projekt „Quarzgrube Brenig“ bei Bornheim (Rhein-Sieg-Kreis) schreitet erfolgreich voran. Die Kaufverträge für die letzten Parzellen des circa 25 Hektar großen Gebietes liegen nach nun vier Jahren Projektlaufzeit beim Notar zur Unterschrift. Die mit Fördergeldern der EU finanzierten Pflegemaßnahmen

wurden im Jahr 2010 erfolgreich umgesetzt und längst ist um das Projekt ein großer und fester Kreis aktiver Menschen aus Bornheim und Alfter entstanden, die das Gebiet mit viel Engagement betreuen.

Die Investitionen der EU, der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, des Vogelschutz-Komitees, der HIT Umwelt- und Naturschutzstiftung und des BUND haben sich gelohnt. Das zeigen spätestens die Ergebnisse der ersten drei Kartierungen, die in 2011 durchgeführt werden konnten. Erfasst wurden die Vögel, Amphibien und Reptilien. Der Springfrosch, eine der vorhandenen Zielarten, nahm sofort etliche der neuen Gewässer als Laichplatz an. Der Zwergtaucher, neu im Gebiet, brütete erfolgreich. Insgesamt konnten 66 Vogelarten, vom durchziehenden Bruchwasserläufer über den Pirol bis zur brütenden Turteltaube nachgewiesen werden. Bemerkenswert sind weiterhin z. B. das Schwarzkehlchen und der Neuntöter, die unmittelbar am Gebietsrand brüten. Nun wird zu beobachten sein, wie sich die Entwicklung weiter fortsetzt und wann etwa die Uferschwalben die wieder freigestellte, ehemals bewohnte Steilwand für sich entdecken.

In dem Projekt, das der BUND gemeinsam mit dem Vogelschutz-Komitee und dem lokalen Landschaft-Schutzverein Vorgebirge betreibt, vereinen sich ganz verschiedene Aufgaben. Beweidung, Pflegearbeiten, Umweltbildung und Artenschutz müssen miteinander zu einem gemeinsamen Konzept verbunden werden. Die BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg hat hierzu die Zusammenarbeit mit einem lokalen Schäfer aufgebaut und eine eigene "Marke" für Aktionen entwickelt, die sogenannten Mittwochaktionen. Dabei übernehmen helfende Hände - insbesondere von „Unruheständlern“-Pflegerarbeiten.

Der BUND führt in das Naturschutzgebiet in Abstimmung mit der Landschaftsbehörde im Jahr fünf Exkursionen durch. Zusätzliche Angebote im Umfeld sind in Planung. Über eine eigene Ausstellung und Vorträge wird das Projekt in der Region vermittelt, eine eigene Homepage wird nach und nach auf- und ausgebaut. Pflege- und Exkursionstermine vermitteln ein eigener E-Mailnewsletter und die Homepage der Kreisgruppe. Zunehmend finden sich die Termine auch im BUND-AktionsNetzNaturschutz ANNA des Bundesverbandes.



Foto: D. Jansen

Achim Baumgartner

... ist Sprecher der BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg.



Foto: A. Baumgartner



www.quarzgrube-brenig.de,
www.bund-rsk.de,
http://projekte.bund.net/

Castoren stoppen +++ UAA stille- gen +++ Atom- ausstieg sofort

Neue Atommülltrans-
porte nach Ahaus,
WestCastoren von
Jülich nach Ahaus,

Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau sowie der Atommüllkonditionierungsanlage Duisburg, Bau eines riesigen Uranmüllzwischenlagers in Gronau und ständige Urantransporte quer durch NRW - es gibt viel zu tun in NRW, um den Atomausstieg durchzusetzen. Dazu kommt die Pläne für ein neues RWE-AKW in Borssele/NL sowie der Weiterbetrieb der AKW Grohnde, Lingen und Tihange/Belgien rund um die Landesgrenzen.

Der BUND ruft deshalb zu den folgenden Anti-Atom-Protestaktionen auf, - machen Sie mit!

- 25. Februar: Autobahn-Aktionstag gegen die Westcastoren Jülich-Duisburg-Ahaus.
- Fukushima-Jahrestag: Am 11. März findet in Gronau im Rahmen internationaler Proteste eine landesweite Großdemo zum 1. Fukushima-Jahrestag statt.

Alle Infos: www.bund-nrw.de/atomausstieg



Foto: D. Jansen

ihrem Rettungs-Vorhaben überzeugen. Er sicherte schließlich den Erhalt aller neun Kastanien zu.

Der BUND Kreis Viersen wird künftig jeweils am Ende eines Jahres seinen BUNDistel-Preis an Einzelpersonen oder Gruppierungen vergeben, die sich besonders engagiert und nachhaltig für den Erhalt und den Schutz von Natur, Tier- und Umwelt im Kreis Viersen eingesetzt haben.



Namenspatron des BUNDistel-Preises ist die im Logo der Preis-Urkunde abgebildete „Drüsenblättrige Kugel-Distel“ - lateinisch „Echinops shaerocephalus“. Sie weist identische Eigenschaften mit den BUND-Preissträgern auf: aus-

dauernd, aufrecht stehend, kantig und dornig.

Almut Grytzmann-Meister

BUND Kreis Viersen verlieh „BUNDistel 2011“ Preis für Baumschützer

Im Beisein zahlreicher Mitglieder der Anrather Bürger-Initiative „RETTET DIE KASTANIEN am Anrather Bahnhof“ überreichte die 1. Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Viersen, Almut Grytzmann-Meister, dem

Initiator und Sprecher der BI, Cornel Nussbaum (18), stellvertretend für alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter den BUNDistel-Preis 2011 für deren mutige und erfolgreiche Rettung von neun gesunden und vitalen Bäumen.

In einer Laudatio würdigte Horst Meister, Mitglied im Landesvorstand des BUND, das gemeinnützige Engagement der BI-Mitglieder, die über 3.000 Unterschriften zugunsten der Bäume gesammelt hatten, die von der Verwaltung bereits zur Fällung freigegeben worden waren. Mit einem Bürgerantrag konnte die BI auch den Rat der Stadt von

der Fällung freigegeben worden waren. Mit einem Bürgerantrag konnte die BI auch den Rat der Stadt von



Foto: H. Meister

+++ kurz und bund +++

► **BUND-Familie wächst kräftig:** Im Jahre 2010 stieg die Mitgliederzahl des nordrhein-westfälischen BUND-Landesverbands um etwa 8,5 Prozent auf insgesamt 22.602 an. Das sind so viele UnterstützerInnen wie noch nie zuvor und sogar etwa 10.000 mehr als z.B. die Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen in NRW, die im letzten Jahr ebenfalls kräftig zulegen konnten.



► Frischer Wind in Korschenbroich:

Die Korschenbroicher BUND-Mitglieder, die sich „mangels Masse“ 2006 an die Ortsgruppe Jüchen angeschlossen hatten, stellten sich im Herbst 2011 wieder auf eigene Füße und reaktivierten ihre Ortsgruppe.



Der neue Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden Gerd Sack, Stellvertreter Uwe Klemens und Kassierer Oliver Sitt. Bei den ersten Sitzungen wurden auch gleich die Ziele für die nächste Zeit ausgegeben: Praktischer Naturschutz und politische Einmischung werden die zwei Standbeine der Gruppe sein.

► Vorankündigung Landesdelegiertenversammlung 2012:

Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 22. April 2012 in Bielefeld statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Anträge sowie Nachwahlen zum Landesvorstand vor.

► **Immer gut informiert:** Abonnieren Sie den kostenlosen BUND NRW-Newsletter. Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/newsletter_nrw_ticker

IMPRESSUM: Das NRW-Info wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** • **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de • **Vi.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender • **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net • **Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Claudia Baitinger, Achim Baumgartner, Jochen Behrmann, Ralf Bilke, Franco Cassese, Almut Grytzmann-Meister, Horst Meister • **Auflage:** 17.400 • **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! • Das NRW-Info erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2012 • © BUND NRW Februar 2012

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW)